



Zeitung des Stadtverbandes Schwedt der Partei

Die Zukunft, für die wir kämpfen

Am 14. Januar 2017 stellten die Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger sowie die Spitzenkandidaten im Bundestagswahlkampf Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch auf der Pressekonferenz im Anschluss an den politischen

Jahresauftakt unserer Partei den ersten Entwurf des Bundestagswahlprogrammes vor. Unter der Überschrift:

„Die Zukunft, für die wir kämpfen: SO-

ZIAL. GERECHT. FÜR ALLE“ werden auf 72 Seiten unsere programmatischen Ziele aufgeführt. Der Entwurf wird jetzt im Parteivorstand sowie mit Mitgliedern und Interessierten ab dem 29.01. 2017 in Regionalkonferenzen diskutiert werden. Das Wahlprogramm ist in XVII Schwerpunktthemen untergliedert. Die Einführung zum Programm beginnt mit den Fragen: Es liegt an uns allen. Wollen wir den oberen Zehntausend in diesem Land mehr Macht und Einfluss geben und die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vertiefen? Oder wollen wir

den Sozialstaat stärken, neue und bessere Arbeit schaffen, für sichere Renten und ein gutes Leben für alle Menschen kämpfen? Bereits in der Einführung werden die sofort anzugehenden Kernpunkte aufgeführt:



Aus dem Inhalt:

Wahlkampf 2017	S.1
Parteivorstand	S.2
LL-Demo	S.3
Andrej Holm	S.4
Asylpolitik	S.4
Auschwitz	S.5
Termine	S.6

- * Gute Arbeit und Löhne: Den gesetzlichen Mindestlohn erhöhen wir auf 12 Euro.
- * Abschaffung des Hartz IV-Systems und Ersatz durch eine Mindestsicherung ohne Sanktionen und Kürzungsmöglichkeiten
- * Anhebung des Rentenniveaus wieder auf 53 Prozent, solidarische Mindestrente von 1050 Euro
- * Die Rente ab 65 oder nach mindestens 45 Beitragsjahren
- * Zwei Stufen einer gesonderten Reichensteuer: 60 Prozent ab rund 260.000 Euro Einkommen und 75 Prozent ab einer Million Euro
- * Stopp von Mieterhöhungen! Stärkung des sozialen und kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbaus
- * Schaffung einer solidarischen Gesundheitsversicherung
- * Keine Waffenexporte und keine Aus-

Wer ist der Richtige?

Anfang des Jahres wurde Donald Trump zum Präsidenten der USA gewählt. Nun fragen sich viele, wie kommt ein Immobilienunternehmer und Polit-Pöbler (Spiegel Online) in dieses hohe Amt? Als Multimillionär bringt er in den USA sicher die beste Voraussetzung mit. Wie sieht das bei uns aus? Welche Fähigkeiten sollte ein Politiker haben um hohe politische Ämter auszuüben? Eigentlich müsste Qualifikation und Persönlichkeit für die jeweilige Funktion entscheidend sein. Ganz unbedeutend sind sie nicht, schaut man nur, wie so manche Politiker beim Erwerb ihrer Titel schummeln. Erfahrungen können keine große Rolle spielen, dafür dreht sich das Karussell zu schnell. Heute noch Wirtschaftsminister, morgen schon Außenminister. Jung und dynamisch ist auch nicht mehr gefragt, wir werden schließlich alle älter. Aber in der der richtigen Partei muss man sein; oder zumindest von ihr unterstützt werden. Der Sozialforscher Prof. Christoph Butterwegge tritt als Kandidat DER LINKEN zum Bundespräsidenten an. Hat er auch nur die geringste Chance? Als unser Wahlvorschlag wohl kaum. Sind Männer bessere Politiker als Frauen? Kirsten Tackmann sagte bei ihrer Wahl zur Spitzenkandidatin: „Es müssten mehr Frauen gewählt werden, dann wäre unsere Welt friedlicher.“ Auf Hillary Clinton trifft das sicher nicht zu. Wer ist also der oder die „Richtige“? Vielleicht schaut der Wähler zu sehr auf die Personen und zu wenig in die Programme und die Inhalte, für die sie stehen.

Sylvia Anklam

Fortsetzung Seite 2

landseinsätze der Bundeswehr, Konflikte friedlich lösen

* Neustart der Europäischen Union mit einer Stärkung der Parlamente

Im Punkt VIII „Gute Bildung. Für Alle“ wird auf unsere Ziele in der Bildungspolitik eingegangen.

Wir wollen eine Schule für Alle: Eine Gemeinschaftsschule, die kein Kind zurücklässt und sozialer Ungleichheit entgegenwirkt. Wir wollen eine inklusive

Schule. Der Rechtsanspruch auf inklusive Bildung und das Recht auf das gemeinsame Lernen in allen Schulen in einer Regelschule gehört in jedes Schulgesetz. Der Punkt XIII steht für eine ökologische und demokratische Wirtschaft. Energie muss sauber sein: Fracking muss ohne Ausnahme verboten werden. Aus Kohle und Atomkraft wollen wir aussteigen! Spätestens 2035 muss der letzte Kohleleimer vom Netz gehen. Der Ausstieg aus der Atomkraft muss im Grundgesetz festgeschrieben und alle in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke unverzüglich abgeschaltet werden. Die LINKE steht für soziale Gerechtigkeit für alle. Unter Punkt X. „Integration braucht eine soziale Offensive und gleiche Rechte für Alle: Für eine solidarische Einwanderungs-



gesellschaft“ wird gefordert:

* Wir lehnen jede Einschränkung des Asylrechts ab, Menschenrechte kennen keine Obergrenze

* Ursachenbekämpfung der Fluchtbewegungen durch Waffenverbote und

friedliche Konfliktlösungen

Bereits in der Einführung wird auch deutlich DIE LINKE steht an der Seite derjenigen, die sich gegen Rassismus und für ein solidarisches Miteinander einsetzen. Unter Punkt XV. „Für eine Demokratie, in der es etwas zu entscheiden gibt“ fordern wir:

* Eine unabhängige Beobachtungsstelle Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus

* Ein Bleiberecht für die Opfer rassistischer und vorurteilsmotivierter Angriffe

* Die Bundesprogramme gegen Rechts müssen dauerhaft gefördert werden

* Ein Verbot aller neofaschistischen Organisationen

Unter dem Punkt XV stehen auch die Forderungen nach gleichen Rechten für

Migrantinnen und Migranten! DIE LINKE macht sich stark für eine humane, offene Flüchtlingspolitik auf deutscher wie europäischer Ebene. Schluss mit den Schikanen gegen Geflüchtete!

* Wir wollen einen Anspruch auf eine unabhängige Anhörungsvorbereitung und Rechtsberatung für Asylsuchende schaffen.

* Die Ausnahmen vom Mindestlohn und das Asylbewerberleistungsgesetz wollen wir abschaffen.

* Hürden und Wartefristen, um eine Schule besuchen zu können, müssen abgeschafft werden.

* Abschiebungen lehnen wir ab. Insbesondere Abschiebungen in Kriegsgebiete und existenzielle Not

Wir wollen offene Grenzen für alle Menschen.

Der vorliegende Entwurf geht über die bevorstehenden Bundestagswahlen hinaus. Es ist ein Programm für die Zukunft. „Wir, DIE LINKE, wollen eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt: Wir wollen ein Land, in dem Alle ihren gerechten Anteil an der Gesellschaft haben. Wir wollen, dass alle Menschen frei von Armut sind und keine Angst vor sozialem Absturz haben“ heißt es in der Einführung. Dieses Bundestagswahlprogramm ist ein erster Entwurf, den es zu diskutieren gilt. Der Beschluss wird im Juni auf dem Bundesparteitag in Hannover erfolgen. Die Diskussion ist eröffnet.

Sylvia Anklam

Sitzung des Parteivorstandes am 21. Januar 2017

Im Mittelpunkt der Beratung des Parteivorstandes am vergangenen Samstag stand der erste Entwurf des Wahlprogramms der Vorsitzenden. Die Diskussion ist damit eröffnet: An den kommenden Wochenenden werden wir vier Regionalkonferenzen mit Katja und Bernd organisieren, auf denen der Entwurf mit - so hoffen wir - größtmöglicher Beteiligung beraten wird. Auf den Regionalkonferenzen - aber auch online auf unserer Internetseite - werden wir darüber hinaus einen Wettbewerb ausrichten, bei dem alle Genossinnen und Genossen die Möglichkeit haben, Vor-

schläge für Slogans des Bundestagswahlkampfes einzureichen. Zugleich werden wir die Debatte des Wahlprogramms im Parteivorstand fortsetzen und in der Beratung am 25. und 26. Februar sowohl die Rückmeldungen aus den Regionalkonferenzen als auch Hinweise und Änderungsvorschläge aus dem Parteivorstand diskutieren. Bis Mitte März wird dann der Entwurf zum Leitantrag erarbeitet - anschließend haben Parteivorstandsmitglieder Gelegenheit, Änderungsanträge einzureichen. Auf der Sitzung am 1. und 2. April wird der Entwurf für das Wahlprogramm als

Leitantrag für den Parteitag in Hannover am 9. bis 11. Juni 2017 beschlossen.

So viele Eintritte wie seit 2009 nicht mehr

5.406 neue Mitglieder im Jahr 2016: Das ist ein Rekordergebnis für uns seit 2009! Damit können wir von einer Trendwende in der Mitgliederentwicklung sprechen. Für 2017 und den anstehenden Bundestagswahlkampf nehmen wir uns jetzt ein Mitgliederplus zum Jahresende vor.

Matthias Höhn

Zum Gedenken bei Karl und Rosa 2017

Zu viert machten wir uns auf den Weg nach Berlin. Obwohl der Wettergott es nichts besonders gut mit uns meinte, freuten wir uns schon auf dem Weg zur Gedenkstätte vielen Gleichgesinnten zu begegnen. Hatten wir anfangs den Eindruck, die Teilnehmer sind weniger geworden, wurden wir durch das Meer roter Nelken auf den Gräbern von Karl und Rosa und anderen bedeutenden Sozialisten eines besseren belehrt. Überrascht hat uns die Größe des Demonstrationszuges mit seinen vielen unterschiedlichen linken

Parteien und Gruppierungen. Viele junge Leute unterschiedlicher Herkunft kamen mit Fahnen der verbotenen KPD, der MLPD, der DKP, der Gewerkschaft, der Linken und mit teils selbst geschriebenen Plakaten und Sprechchören. Stark beeindruckt hat uns, als im Zug plötzlich eine Gruppe ganz texticher die Internationale sang, in die einige am Rand Stehende mit einstimmten. Dazu gehörten auch wir. Wenn auch sowohl im Demonstrationszug als auch an den Ständen viele unterschiedliche Auf-

fassungen auf Flyern, Losungen. Plakaten und Zeitungen vertreten wurden, einte aber offensichtlich alle der Gedanke des Friedenwillens und „so kann die Gesellschaft nicht bleiben.“



Hier einige Beispiele:

- Kein Krieg mit Rußland
- Wer ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt?
- Wer deindustrialisiert den Osten in die Steinzeit zurück?
- „Gegen die Barbarei, der Sozialismus. Für den Sozialismus die Revolution. Für die Revolution die Partei!“ (Kommunistische Partei Türkei)
- „Luxemburg, Liebknecht, Lenin - Niemand ist vergessen! Aufstehen und widersetzen! „

Berührt hat uns auch ein zufälliges Zusammentreffen mit einem türkischen Jugendlichen und einer etwas älteren deutschen Frau, die gemeinsam folgende Losung trugen:

„Wer seine Augen nicht zum Sehen benutzt, wird sie zum Weinen brauchen.

Frieden schaffen ohne Waffen.“

Dazu war ein Sänger zu hören mit der Liedzeile „Dass nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint“. Uns ging das ganz schön unter die Haut.

Zufrieden fuhren wir mit dem Gedanken zurück, wir sind doch mehr als wir manchmal hier in unserer kleinen Stadt annehmen. Gleichzeitig kam bei uns wieder der Gedanke, die Gedenkstätte in Friedrichsfelde mit organisierter Führung im Sommer mit interessierten Genossen und Sympathisanten zu besuchen. Dann können auch Genossen mitfahren, die im Winter keine Möglichkeit haben.

Christa Dannehl

Zum Rücktritt von Andrej Holm

Wir haben Respekt vor dem Schritt von Andrej Holm und bedauern die Umstände, die ihn zu seinem Rücktritt veranlasst haben, insbesondere den fehlenden politischen Rückhalt beim sozialdemokratischen Koalitionspartner. Für die rot-rot-grüne Koalition ist das ein herber Rückschlag im Bemühen um einen spürbaren Politikwechsel. Wir halten an unserem Ziel einer neuen sozialen Wohnungspolitik fest. Wir danken allen, die sich in den letzten Tagen und Wochen aktiv für Andrej Holm, eine neue Wohnungs- und Mietpolitik und einen differenzierten Umgang mit DDR-Geschichte eingesetzt haben. Wir danken Andrej Holm für seine Bereit-

schaft gemeinsam mit uns als Staatssekretär für eine andere Mietpolitik einzutreten. Die letzten Wochen waren für ihn eine schwere persönliche Belastung. Wir sind froh, dass Andrej Holm auch weiterhin mit uns gemeinsam für diese Ziele streiten wird. Die Diskussionen der letzten Wochen haben deutlich gemacht: Wir stehen als Partei in einer besonderen Verantwortung für die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, den Umgang mit Biografien und der Tätigkeit des MfS. Wir werden uns auch weiterhin dieser Diskussion stellen. Mit dem Rücktritt von Andrej Holm sind die koalitionsinternen Probleme nicht vom Tisch. Wir werden jetzt mit unseren

Koalitionspartnern beraten müssen, ob und wenn ja wie wir zu einer Arbeitsweise kommen, die auf den Prinzipien von Augenhöhe und Gleichberechtigung beruht und wie wir tatsächlich in einen Arbeitsmodus kommen, der es zulässt, dass wir die Ziele des Koalitionsvertrags politische Praxis werden lassen. Die Fraktionsvorsitzenden der Koalitionsfraktionen haben sich heute darauf verständigt, zeitnah einen Koalitionsausschuss vorzuschlagen.

Katina Schubert,

Landesvorsitzende DieLinke Berlin

Carola Bluhm, Udo Wolf

Fraktionsvorsitzende Berlin

"Freispruch" wegen Bedeutungslosigkeit für die NPD

Wir bedauern die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, das dem Antrag auf Verbot der NPD nicht stattgegeben hat. Die NPD wird dieses Urteil als Bestätigung und Ermutigung begreifen. Sie wird die Kreide, die sie gefressen hat, beiseitelegen angesichts der fremdenfeindlichen Stimmung im Lande. Und diese noch weiter befeuern. Das Gericht hat praktisch auf Freispruch wegen Bedeutungslosigkeit entschieden. Angesichts der Schwäche der NPD mag man dieser Begründung durchaus folgen. Sie ist aber kurzsichtig: Denn die NPD hat schon manche Krisen in der Vergangenheit überstanden. Es ist nicht auszuschließen, dass sie wieder stärker wird und dass sie mithilfe von Steuergeldern ihre faschistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Netzwerke weiter aufbaut. Das Urteil fällt aber auch auf die Antragsteller zurück. Ihnen ist es offensichtlich nicht gelungen, das Gericht von der Gefähr-

lichkeit der NPD zu überzeugen. Sie haben ihren Schwerpunkt auf die Ideologie der NPD und weniger auf die politische Praxis gelegt. Das Bundesverfassungs-



gericht hat sich aber vor allem auf die Praxis bezogen. Hier hätte anders vorgegangen werden müssen. Wer die schwachen Auftritte der Innenminister Joachim Hermann und Lorenz Caffier vor dem Bundesverfassungsgericht er-

lebt hat, muss sich nicht wundern. Sie haben schlecht recherchierte Sprechzettel ihrer Landesämter für Verfassungsschutz vorgetragen und sich von Nachfragen der Richter aus dem Konzept bringen lassen. Man kann nicht auf der einen Seite über die Verfassungsschutzberichte der Länder die NPD kleinreden und sich dann wundern, wenn einem das von den Richtern im Verbotsverfahren vorgeworfen wird. Ich bin nach wie vor der Überzeugung, dass wir es mit der NPD ohne Zweifel mit einer verfassungsfeindlichen Partei zu tun haben, die die wichtigste bundesweite Organisation der extremen Rechten ist. Es ist die Aufgabe der LINKEN und der zahlreichen befreundeten antifaschistischen Organisationen, den Kampf gegen Rechts entschieden weiter zu führen.

Bernd Riexinger
17. Januar 2017

Sammelabschiebungen nach Afghanistan

Es zeugt von bössartiger Gewissenlosigkeit, dass die Bundesregierung und einige Bundesländer ihren Abschiebekurs ins Kriegsland Afghanistan fortsetzen wollen. Der UNHCR hat klargemacht, dass es in Afghanistan keine sicheren Gebiete gibt und die Kriegsgefahr landesweit besteht. Jetzt ist entschlossener Protest und ziviler Ungehorsam gefragt, um diese menschenfeindliche Abschiebepolitik zu stoppen.

Die Bundesländer müssen Abschiebetopps erlassen“, sagt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke Nach Auffassung des UNHCR gibt es in Afghanistan keine sicheren Gebiete, denn es herrscht in der ganzen Region ein Bürgerkriegszustand. Es ist nicht nur menschlich erbärmlich, nach Afghanistan abzuschicken, sondern auch ein Verstoß gegen geltendes Recht. Eine eiskalte Abschiebepolitik wird dem

bornierten Rassismus der AfD nicht das Wasser abgraben, im Gegenteil. Umso bedenklicher ist es, wenn nun auch noch Grüne in zehn Bundesländern bestehende Handlungsspielräume auf Landesebene ohne Not kleinreden und sich nicht klar gegen weitere Abschiebungen in Kriegsgebiete aussprechen.

Ulla Jelpke
19. Januar 2017

EU-Libyen-Abkommen: Legal, illegal, scheißegal

Auf ihrem informellen Gipfel in der maltesischen Hauptstadt Valletta wollen die Staats- und RegierungschefInnen der EU-Mitgliedstaaten ihre Pläne für weitere anti-Migrations-Abkommen vorantreiben. Nun ist Libyen im Zentrum des EU-europäischen Interesses. Das Land ist seit dem gewaltsamen Sturz Muammar Gaddafis ein Staatsgebiet ohne wirkliche Regierung. In dieser instabilen Gemengelage wollen die EU-Staats- und

RegierungschefInnen nun mit militärischer und logistischer Unterstützung Partei ergreifen, um die Verantwortung in der humanitären Krise weiter auszugliedern.

Cornelia Ernst
02. Februar 2017

Zitat

"Wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen, dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land"

Angela Merkel
15. September 2015

Der 27. Januar : 1944, 1945, 2017

Am 27. Januar 1945 wurde durch die Rote Armee das Konzentrationslager Auschwitz befreit.

Dieses Ereignis findet noch in der deutschen Erinnerungskultur ihren Niederschlag. Im Zentrum der Veranstaltung im Bundestag standen in diesem Jahr die mehr als 300000 Opfer des Euthanasie – Programms. Das am 27. Januar 1944 der Belagerungsring um Leningrad durch die Rote Armee gesprengt wurde, spielt in der Medienlandschaft kaum eine Rolle. Nach 871 Tagen ist Leningrad befreit.

Eine Viertelmillion Rotarmisten gaben dafür ihr Leben. Hitler hatte am 29. September 1941 (Geheimdokument C – 124) den folgenden Befehl erlassen: „Der Führer ist entschlossen, die Stadt Petersburg vom Erdboden verschwinden zu lassen..... Wenn die Kapitulation der Stadt angeboten wird, ist dies abzulehnen. Sich aus der Lage der Stadt ergebene Bitten um Übergabe werden abge-

schlagen, da das Problem des Verbleibens und der Ernährung der Bevölkerung von uns nicht gelöst werden kann und soll.“ Während der Blockade sind in Leningrad 1,2 Millionen Menschen umgekommen. Auf dem Friedhof Piskarjowskoje im heutigen St. Petersburg, wo etwa 500000 Opfer von Hitlers Hungerholocaust ruhen, mahnt eine Inschrift: „Möge keiner vergessen, möge nichts vergessen werden.“ - Nicht vergessen – Auschwitz, Buchenwald, Ravensbrück, Theresienstadt, Bergen-Belsen und die vielen anderen Vernichtungslager sowie die Opfer des Euthanasie-Programms. Auf Studienexkursionen habe ich nachdrückliche, verstörende Eindrücke über die Brutalität, den Zynismus, die Perversität, die Menschenverachtung der Faschisten gewonnen. In der "Jungen Welt" vom 21./22. Januar 2017 wurden Auszüge aus Aufsätzen des am 18. August 2016 verstorbenen Faschismusforschers Kurt Pätzold unter dem Titel „Der Massen-

mord an den Juden und die Frage nach dem Warum?“ veröffentlicht. Kurt Pätzold hebt als Ergebnis seiner Forschungen hervor: „...Für die Zeit der Vertreibung, die im Jahr der Machtübergabe einsetzte und in die ersten Kriegsjahre hinein dauerte, als aus dem Strom der Flüchtenden ein Rinnsal wurde, ist nichts rätselhaft. Deutschland sollte erklärtermaßen judenfrei werden, wobei durch die Ausplünderung der Vertriebenen ein Reibach gemacht wurde, der die Rüstungskasse auffüllte. Die Regieren-

nanziellen Mitteln für Polizeieinsätze für ihre Hetzveranstaltungen durch die – wehrhafte Demokratie – abgesichert ; hinzu kommt die Parteienfinanzierung über Steuermittel. Ein fatales Signal. Die Reden des Thüringer AfD- Vorsitzenden Björn Höcke haben bei mir schon immer einen Brechreiz hervorgerufen; seine volksverhetzende Rede, in der er das Holocaust – Mahnmal in Berlin als „Schande“ - bezeichnet und eine „erinnerungspolitische Wende“ um 180 Grad fordert . Die deutsche Geschichte solle



den prüften und erprobten Vor- und Nachteile ihre Judenpolitik-, verschärften oder verlangsamten ihr Vorgehen nach Zweckmäßigkeitserwägungen... Sie verfolgten dabei unbeirrt das Ziel, auch den letzten Juden aus dem Reich zu treiben,...“Der Autor hebt besonders den Arierwahn und tiefe Hassgefühle hervor, die Bekämpfung der humanitären Ideen der Aufklärung als Treibstoff für die Judenfeindschaft der Faschisten. Nationalismus, Geschichtsverleugnung, Hass und Hetze; erschreckend was sich in den letzten Jahren und Monaten an rechtem Gedankengut in der Bundesrepublik ausbreitet. Trotz höchstrichterlicher bescheinigten Verfassungswidrigkeit der NPD und bescheinigter Wesensverwandtheit mit dem – Nationalsozialismus – darf diese Partei jetzt weiter legal ihr faschistisches Gedankengut verbreiten. Ihre Anhänger können u.a. im Wahlkampf ungehindert Hass und Hetze predigen. Dafür werden sie mit materiellen, personellen und fi-

in den Schulen nicht mehr mies und lächerlich gemacht werden. Seit 2014 fielen auf dem Dresdener Theaterplatz Äußerungen, die in der AfD ihren Widerhall finden. Pegida diente u.a. dazu, das gesellschaftlich Sagbare weit nach rechts zu verschieben. Pegida und der völkisch – nationalistische Parteiflügel um Björn Höcke bilden eine unheilvolle Allianz. Die Stimmung im Land ist von rechts stark vergiftet, die AfD kann von Skandal zu Skandal eilen. Dies führt aber nicht zu sinkenden Umfragewerten sondern sie sitzt zur Zeit schon in zehn Landesparlamenten und den Bundestag haben sie fest im Blick. Es ist bedenklich, dass weite Teile der Zivilgesellschaft ignorieren, dass die rechte Gefahr nicht kleiner sondern größer wird. Erschreckend auch, dass einzelne Richter bei Pegida und AfD auftreten. „Leider ist es eine typisch deutsche Eigenschaft, den Gehorsam schlechthin für eine Tugend zu halten. Wir brauchen die Zivilcourage –Nein- zu sagen“ Fritz Brauer (1903-1968); deutscher Jurist. Fritz Bauer war als hessischer Generalstaatsanwalt verantwortlich für das Zustandekommen des Auschwitz- Prozesses (Dez.1963-Aug. 1965). Mit diesem Prozess gewann die Auseinandersetzung mit dem Holocaust in der BRD erstmals eine öffentliche Dimension.

Monika Gohl

Termine

Fraktionssitzung	20.02.2017
Stadtvorstand	23.02.2017
Kreisvorstand	01.03.2017
Stadtvorstand	09.03.2017
Frauentagsfeier	11.03.2017 14:00 KOMM
Fraktionssitzung	13.03.2017
SVV	16.03.2017 16:00 UBS
Offene Veranstaltung zum Thema „Grenzkriminalität – Wahrheit und Mythos“ am 22. Februar um 18.00 Uhr im MehrGenerationenHaus	

Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

25.02.17 Heidrun Schüler zum 65. Geburtstag

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

20.02.17 Susanne Wienholz zum 82. Geburtstag
 21.02.17 Jürgen Zibolsky zum 78. Geburtstag
 25.02.17 Irmtraut Giel zum 66. Geburtstag
 26.02.17 Rita Grünberg zum 82. Geburtstag
 27.02.17 Katrin Steguhn zum 52. Geburtstag
 05.03.17 Gerd Kling zum 79. Geburtstag



Rainer Sturm/ pixelio.de

Zum guten Schluss...

Gregor Gysi im Gespräch mit Christoph Heinemann (Deutschlandfunk)

Gysi: Ich werde Ihnen sagen, was der große Unterschied ist zwischen links und rechts, auch wenn Sie das nicht wahrhaben wollen. Der Unterschied ist einer, den habe ich jetzt auch formuliert. Ein Linker steht an der Seite aller Schwachen. Wer nur an der Seite entweder der deutschen oder der amerikanischen Schwachen steht und nicht der anderen Schwachen, ist nicht links. Der kann sogar ganz rechts sein. Das ist der gravierende Unterschied. Deshalb unterscheide ich mich hinsichtlich der Flüchtlingspolitik zum Beispiel gravierend von Herrn Trump, weil er ja nur will, dass es den Amerikanern besser geht. Wie es den Mexikanern und den anderen geht, das ist ihm völlig Wurst. Ganz im Gegenteil! Deshalb ist er überhaupt nicht links, sondern absolut rechts.

KoppHoch erscheint monatlich. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt.

Redaktionsschluss der Ausgabe 03/2017: 10.03.17, Abholtermin: 20.03.17

Impressum

Herausgeber:

Stadtvorstand der Partei DIE LINKE. Schwedt

V.i.S.d.P.:

Sylvia Anklam

Redaktion:

M.Gohl, S.Anklam, D.Meyner

Gestaltung:

A. Grote

Druck:

Druckerei Wippold

Vertrieb:

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE. Schwedt

Sprechzeiten

Geschäftsstelle

Auguststraße 2, Zi. 207/208
Mo-Do 10-12 Uhr

Leiter der Geschäftsstelle

Di, 10-12 Uhr

Finanzen

Mo, 27.02.20, 10-12 Uhr

Mo, 06.03.16, 10-12 Uhr

Kontakt und Adressen

DIE LINKE Stadtverband Schwedt/Oder

Auguststraße 2, 16303 Schwedt
e-mail: schwedt@dielinke-uckermark.de

Tel./Fax: (03332) 31928

Webseite: <http://www.dielinke-uckermark.de>

DIE LINKE Schwedt/Oder

Fraktion SSV

Tel. 839334

Auguststraße 2, 16303 Schwedt

KoppHoch ausgelesen? Bitte weitergeben an jemanden, der ihn vielleicht auch gerne lesen würde oder sollte!